Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

3. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 17. August 1910. | No. 43.

Die „canadische Gefahr"

In den letzten Jahren hörte man von allerlei sogenannten nationalen, oder besser, ökonomischen Gefahren, die der einen Nation von einer anderen drohen. Da gab es eine „gelbe Gefahr", eine „deutsche Gefahr" und jetzt hört man auch ab und zu von einer „canadischen Gefahr".

„Staatsmänner glauben, daß wir einer canadischen Gefahr gegenüberstehen", so lautete kürzlich die Ueberschrift eines spaltenlangen Leitartikels in der New York Times, der die durch die riesige Auswanderung amerikanischer Farmer drohende ökonomische Gefahr bespricht. Der Artikel schließt: „Gibt es eine canadische Gefahr?

Ja.

Gibt es denn nicht ein Mittel, um diesem Exodus unserer Farmer nach dem Nordwesten Canadas Einhalt zu tun?

Ja.

Dies Mittel ist Reklame machen und wieder Reklame machen. Man trage den Krieg über die Grenze und tue, was Canada tut! Man gebe Geld aus, um dem Farmer und Geschäftsmann die Vorteile der Vereinigten Staaten klar vor Augen zu führen."

Und — so hätte der Artikel fortfahren sollen: „Man mache Canada so schlecht als möglich und bringe einen Lügenartikel nach dem anderen. Auch das hilft."

Und das tut die Presse der Ver. Staaten auch schon. Kürzlich gingen durch amerikanische Blätter Berichte, daß die Rückwanderung amerikanischer Farmer aus Canadas schönem Nordwesten immer größere Dimensionen annehme. Bereits hätten 15,000 Amerikaner die Grenze wieder gekreuzt und siedelten sich wieder in Ontario Staats-Lande an.

Dieser Bericht — als Lügenbericht hat er sich herausgestellt — erschien auch in der rückgebliebenen deutsch-amerikanischen Farmer-Zeitung „Der Haus- und Bauernfreund." Und da diese Zeitung einen großen Leserkreis und einen guten Ruf hat, so gab es wohl manche, die diesem Berichte von den Tausenden enttäuschten Amerikanern Glauben schenkten. Nichtsdestoweniger ist er unwahr und wohl von interessierten Korporationen und Personen in das Blatt lanciert worden. Warum? Um den stets größer werdenden Strom der Auswanderer aufzuhalten, um diesen Strom, falls es nur es wolle, einen Damm entgegenzusetzen.

Der Bericht des Einwanderungs-Kommissärs J. Bruce Walker, Winnipeg, an das Departement des Innern hat dem Lügenbericht von den rückwärts wandernden Amerikanern ein schnelles Ende bereitet. Der Bericht belegt Folgendes:

„Um den Ursachen der Enttäuschung unter den amerikanischen Ansiedlern im Westen nachzuforschen, instruierte ich meine Inspektoren an der Grenze vor ungefähr einem Jahre, Rückwärtswandernde auszufragen, die Gründe für ihre Enttäuschung auszufinden und alles an mich zu berichten. Dies ist regelmäßig und systematisch getan worden und bin ich infolgedessen in der Lage, offiziell zu erklären, daß die Geschichte von dem massenhaften Exodus der Amerikaner ein unverschämter Schwindel ist. Dieser Betrug ist das Werk gewisser Landspekulanten in Montana, gewisser erschreckt betroffener amerikanischer Eisenbahnkorporationen und anderer interessierter Parteien, die durch das steigende Wachstum der Auswanderung aus Amerika nach dem canadischen Westen gegen Canada hervorgerufen sind. Ich kann das, was ich hier sage, durch Tatsachen und Zahlen-Material offiziellen Charakters beweisen.

Meine Beamten kamen Gelegenheit nehmen in die Zeitberichte der Ver. Staaten an verschiedenen Grenzorten. Diese Berichte zeigen, daß vom 1. Januar 1910 bis zum 27. Juli 1910 genau 184 Personen, die sich Farmer nannten, von Canada nach den Ver. Staaten zurückkehrten. Diese Zahlen sind zuverlässiger, nötig genau und endgültig. Der sog. Exodus oder Auszug der Amerikaner ist eine Mythe. Die Zahl der Auswanderer nach Canada nimmt stetig zu. Sie bleibt sich nicht nur gleich, sondern nächst an Größe. Während der Periode vom 1. Januar bis zum 27. Juli dieses Jahres nahmen 23,734 Amerikaner Heimstätten und Kauf-Heimstätten (Pre-emptions) in Canada auf. Diese Ansiedler repräsentieren mehr als 50,000 Personen.

Die riesigen durch diese Bewegung herbeigeführten Zufuhren, Korporationen und Gesellschaften sind erregt und wütend und wir müssen daraus diesen behaupteten Exodus der Amerikaner als den ersten Kanonenschuß in einem systematisch geplanten und scharf durchgeführten Kampf ansehen, um Canada schlecht zu machen und unter den amerikanischen Farmern Mißtrauen zu säen. Auf diese Weise hofft man unter allen Umständen und mit noch so verwerflichen Mitteln den riesenhaften gesunden Zug nordwärts aufzuhalten und zu verhindern."

Hon. W. Scotts Rede in Herbert.

(Fortsetzung und Schluß.)

Heute giebt der Oppositionsführer Herr Haultain vor, daß er der Ansicht ist, die Schuldbewilligungen sollten sich stets gleich bleiben. Er verurteilt jede Verringerung derselben und jede Begünstigung neuer Distrikte. Als er aber Minister war, war er anderer Meinung und hielt es für weise, neue Distrikte besonders günstig zu behandeln. Er war nicht nur der Ansicht, daß die Geldbewilligungen kleiner werden sollten, je älter ein Distrikt wurde, sondern reduzierte die Bewilligung auch wirklich ziemlich bedeutend, drei Jahre ehe er aus dem Amt ging. In einer Debatte mit Hon. R. P. Roblin in Indian Head im Jahre 1901 sagte Haultain unter anderm über Schulbewilligungen:

„Gewiß, wir stehen einer Reduzierung im nächsten Jahr gegenüber. Aber selbst nächstes Jahr wird eine Durchschnittsschule in den Territorien noch ungefähr doppelt soviel Bewilligungen bekommen, als in Manitoba möglich ist. Natürlich, mit der Zeit, mit der Zunahme der Bevölkerung und Besiedlung werden, wie ich nicht zögere zuzugeben, die Schulbewilligungen gradweise niedriger. Aber darum handelt es sich jetzt nicht. Jetzt sind sie höher wie in Manitoba und es wird noch eine gute Reihe von Jahren nehmen, bis sie so klein sind, wie die Bewilligungen in Manitoba. Und diese Jahre sind schließlich doch das, die uns am meisten angehen. Die Pionierjahre sind die Jahre, in welchen die Leute die meiste Hilfe brauchen."

Wenn ich Ihnen gesagt hätte, diese Worte kamen aus Herrn Calders Munde und er hätte sie letztes Jahr in der Debatte über Schulbewilligungen gesprochen, so wäre wohl niemand von meinen Zuhörern überrascht gewesen, denn die Worte billigen und rechtfertigen die von Calder vorgeschlagenen Aenderungen voll und ganz. Die von Haultain dies Jahr eingenommene unlogische Stellung wird von Haultains eigenen Worten verurteilt und abgetan.

Ergänzungs-Einkommen-Gesetz.

Dieses Gesetz hat sich als von besonderem Vorteil für jeden Schuldistrikt in der Provinz erwiesen. (Beifall.) Ich glaube, daß, wenn man die Sache genau untersuchte, man finden würde, daß die älteren Distrikte, deren Bewilligungen um 25 oder 30 Prozent herabgesetzt sind, heute ebenso gut ab sind als vor drei Jahren, ehe das Ergänzungs-Einkommen-Gesetz angenommen wurde und es ist klar, daß neue Distrikte unter der neuen Bewilligungsskala und mit den Geldern aus dem Ergänzungs-Einkommen-Fonds jetzt größere Bewilligungen erhalten wie vor drei Jahren. Wenn Haultain im Jahre 1901 Recht hatte, daß „in den Pionierjahren die Leute am meisten Unterstützung brauchen", so ist Herr Calder gewiß auf dem richtigen Weg mit seiner Verwaltung. Herr Calder hat die Unterstützung von „Pionier"-Schulen nicht erniedrigt, sondern bedeutend erhöht.

„Das Ergänzungs-Einkommen-Gesetz war ein weiterer Schritt nach vorwärts für das Schul- und Erziehungswesen, der große Opposition von seiten besonders Freund der Schulen hervorrief. Haultain opponierte nicht nur der Maßnahme, sondern machte sie lächerlich und schlecht, ebenso wie er es mit dem Morang-Kontrakt tat. Seine Behauptung, daß wir ländliche Steuerzahler für Hochschulen besteuerten, war ebenso verkehrt und falsch, als die, daß wir Bücher von der American Book Co. kauften. Die Zeit beantwortet selbst alle Kritik gegen dies Gesetz. Sie werden sich erinnern, daß Herr Calder die Einnahmen unter dem Gesetz auf 300,000 Dollars veranschlagte und wie unsere Gegner dies belächelten und bekrittelten. Im Jahr 1909 gingen unter dem Gesetz genau $348,035.74 ein. Jetzt wird man wohl nicht mehr lächeln und spötteln. Keine vernünftige Person konnte erwarten, daß das Gesetz sofort ohne Hindernis arbeiten würde. Aber bald zeigte es sich, daß wir richtig mit unseren Erwartungen gewesen waren, denn diese wurden von den Resultaten noch übertroffen. Im Jahre 1907 wurden 85,000 Dollars eingenommen und 65,000 Dollars geliehen und erhielten die ländlichen Schulen 143,000 Dollars aus dem Fonds. Im Jahre 1908 wurden 227,000 Dollars kollektiert und erhielten die ländlichen Schulen 196,000 Dollars. Letztes Jahr wurden 318,000 Dollars unter diesem Gesetz vereinnahmt und wurden nach Abzahlung einiger Anleihen und sonstiger notwendiger Ausgaben 215,000 Dollars direkt an ländliche Schulen verteilt. (Beifall.) Ich freue mich, daß Sie wirklich einsehen, welch eine Bürde dies Gesetz auf die ländlichen Schulen legt. (Lachen.) In drei Jahren haben alle Schulen 650,000 Dollars aus dem Ergänzungs-Einkommen-Fonds erhalten, davon die ländlichen Schulen allein 384,000 Dollars. (Beifall.) Der Rest, ungefähr 60,000 Dollars, ging an Hochschulen, das Landwirtschaftliche College und die Universität. Wie viel wurde nun von den ländlichen Steuerzahlern von diesen 650,000 Dollars als Steuern eingezahlt? Gewiß nicht die Hälfte, denn kaum die Hälfte unseres steuerpflichtigen Landes liegt in ländlichen Schuldistrikten. Im Jahre 1907 hatten wir ungefähr 33 Millionen Acker steuerpflichtiges Landes, wovon ungefähr 22 Millionen Acker nicht in Schuldistrikten gelegen waren. Das Gesetz nahm also ungefähr 230,000 bis 275,000 Dollars als Steuern aus den Schuldistrikten der Provinz und gab ihnen 584,000 Dollars zurück. Das ist eine angenehme Besteuerung, die mir gefallen könnte. Und Ihnen auch wohl. (Beifall.) In drei Jahren hat dies so viel verlästerte Gesetz den ländlichen Schulen mindestens 350,000 Dollars geschenkt neben den gewöhnlichen Schulbewilligungen.

„Das Prinzip des Gesetzes ist sehr einfach. Erziehung ist Pflicht des Staates und sollte für alle Kinder frei sein. Die Kosten sollten gleichmäßig auf alles Eigentum im Staat verteilt werden. Wenn aber 22 Millionen steuerpflichtigen Landes nichts zur Erziehung beitrugen, so konnte man sicher nicht sagen, daß die Kosten gleichmäßig verteilt waren. Vieles von dem Land ist im Besitz von Korporationen und Spekulanten. Das Gesetz hat diese, die sonst keine Steuern zahlten, gezwungen, einen Cent pro Acker für die Schulen zu zahlen und haben sie in drei Jahren an 400,000 Dollars in klingender Münze zahlen müssen. (Beifall.) Wir brauchen uns wegen eines solchen Gesetzes wahrlich nicht zu entschuldigen. Vielmehr sollten sich unsere Gegner entschuldigen, die das Gesetz so schlecht gemacht haben. Alle ihre Behauptungen sind Lügen gestraft worden und die im letzten Jahr kollektierten 318,000 Dollars haben sie völlig zu nichte gemacht. Sie können nicht mehr behaupten, daß das Gesetz die ländlichen Steuerzahler für die höheren Schulen besteuert. Sie wissen nicht, was sie tun sollen, denn sie dürfen öffentlich nicht zugeben, daß sie dagegen sind, daß der Spekulant auch besteuert wird. Tatsache ist aber, daß der Landeigentümer außerhalb eines Schuldistrikts, daß der Spekulant der einzige ist, der Ursache hat, gegen dies Gesetz zu sein. Aber auch er hat keinen wirklichen Grund zur Klage, denn er muß zugeben, daß das Prinzip richtig ist, daß alles Eigentum in einem Staat gleichverweise zur Erhaltung der Staatsschulen, Volksschulen, Hochschulen, landwirtschaftlichen College und Universität besteuert werden muß.

Und nun höre man, wie Haultain jetzt das Gesetz angreift. Als er im Frühjahr auf einer Versammlung auf dem Lande sprach, führte er eine imaginäre Unterhaltung zwischen einem Steuer-Kollektor und einem auswärtigen Landeigentümer an:

Frage: Was geschieht mit dieser Steuer?

Antwort: Fünf Prozent geht an die Universität, fünf Prozent an die landwirtschaftliche Hochschule und 10 Prozent an die Hochschulen.

Frage: Und der Rest?

Antwort: Sehen Sie diese schönen Scheunen und Häuser, und das wohlhabend aussehende Schulhaus? Dahin geht der Rest und Sie müssen dafür zahlen. Was haben Sie von einer landwirtschaftlichen Hochschule?

Staunenswerter Wechsel.

Welch staunenswerter Wechsel in einigen Monaten. Im Jahr 1908 wollte Haultain sich nicht davon überzeugen lassen, daß der Farmer von dem Gesetz nicht beraubt und für die Hochschulen besteuert werde. Er behauptete, das Gesetz besteuere die Farmer zum Besten der Hochschulen. Und jetzt behauptet er, der ländliche Steuerzahler beraube den auswärtigen Landeigentümer und Spekulanten durch dies Ergänzungs-Einkommen-Gesetz. Was werden wir noch weiter hören? O glücklicher ländlicher Steuerzahler! Hat die schönen Häuser, Scheunen und Schulen, ohne daß er etwas dafür zahlen muß! Alles müssen die armen Spekulanten und Landgesellschaften bezahlen, die von der Scott-Regierung durch dies Gesetz attadiert und beraubt werden! (Beifall und Lachen.) Nun, ich freue mich, daß Haultain jetzt der Wahrheit etwas näher kommt und einsieht, daß das Gesetz den ländlichen Steuerzahler nicht beraubt, sondern zu seinem Vorteil ist. Nach und nach wird er einsehen, daß seine gegenwärtige extreme Ansicht auch falsch ist, wie die frühere. Der Spekulant zahlt nichts für die schönen Häuser und Ställe der Farmer und die $5.12 per Sektion, die der Spekulant für ländliche Schulen zahlen muß, ist nur sein gerechter Teil, ebenso wie die $1.28 per Sektion, die er für Hochschulen, die landwirtschaftliche Hochschule und die Universität zu zahlen hat.

Weiter möchte ich fragen: Ist es falsch, daß wir Institute für höhere Erziehung bauen? Meine Regierung hat mit dem Bau der Hochschulen begonnen. Im Jahr 1905 hatten wir nur Volksschulen. Saskatchewan ist eine landwirtschaftliche Provinz und alles, was der Landwirtschaft schädlich ist, hat kein Recht, hier zu sein und zu bleiben und wenn die Hochschulen, die Universität und das landwirtschaftliche College keinen Wert für unsere Farmer haben, dann haben sie auch kein Recht, hier zu sein.

Das landwirtschaftliche College.

Welchen Nutzen bringt Euch die landwirtschaftliche Hochschule? Das frage ich Euch, Farmer von Saskatchewan. Haultain widerstrebte uns nicht in der Legislatur, als wir die Maßnahmen zur Gründung der Universität, landwirtschaftlichen Hochschule u. s. w. einbrachten. Jetzt aber geht er auf die „Straßen und an die Zäune" und versucht, das Volk gegen diese Institutionen aufzuregen. Er ist gegen das landwirtschaftliche College, nie er seit 1905 jeder fortschrittlichen Erziehungsmaßnahme opponiert hat. Seine Stellung hat als Grundlage die alte und veraltete Idee, daß die Farm der Ort für den Jungen ist, der sonst nicht viel kann. Man meinte früher, daß die tüchtigen Knaben etwas lernen und studieren müßten, daß aber der Dummkopf in der Familie für die Farm gut genug sei. Man hatte die Idee, daß der Farmer keine besondere Bildung brauche. Haultain hält sich natürlich für einen ganz andern Mann, weil er die Universität besucht hat und für Leute wie er, meint er, ist eine Universität nötig, aber der Farmer braucht keine landwirtschaftliche Hochschule. Was, so sagt er, braucht Ihr Farmer eine Hochschule? Damit könnt Ihr ja doch nichts anfangen. Was haltet Ihr Farmer von dieser Stellung des Oppositionsführers der landwirtschaftlichen Hochschule gegenüber?

(Fortsetzung auf Seite 7.)

Sir Wilfrid in Alberta.

Unser verehrter Premierminister hat in Alberta eine ähnliche Aufnahme gefunden wie in unserer Provinz. Allenthalben wo er hinkam und Versammlungen hielt, in Edmonton, Red Deer, Calgary u. s. w. war das Volk begeistert und jubelte ihm zu. Freilich war der Empfang nicht allenthalben der gleiche. Es giebt auch Grade in der Begeisterung. Am besten waren die Empfänge in Regina und Edmonton; aber auch Calgary, das nicht sehr viel Festschmuck angelegt hatte, nahm den Premier mit größter Achtung auf und mindestens 10,000 Personen hörten seine Rede in der öffentlichen Versammlung und gaben Sir Wilfrid reichen Beifall.

Der Zweck der Tour.

„Der Zweck unserer Reise", so sagte Laurier in Red Deer, „ist ein doppelter. Einmal wünschen wir uns aus erster Quelle von den Errungenschaften und namentlich Bedürfnissen des großen Westens persönlich zu überzeugen. Durch die vielen Adressen und die Worte der Farmer und Geschäftsleute haben wir einen tiefen Einblick in die Wünsche unserer westlichen Bevölkerung getan und die Regierung wird ihr Bestes tun, allen vernünftigen Wünschen gerecht zu werden. Weiter ist der Zweck der Reise der, daß ich allen neuen Ansiedlern im Westen die Hand zum Willkomm reichen möchte. Ihr seid alle willkommen, an dem Guten teilzunehmen, das Canada euch bieten kann. Alles, was wir dafür von euch verlangen, ist, daß ihr treue und gute Canadier werdet. Wir haben ein ebenso gutes, ja ein besseres Land, als irgendwo auf der Welt zu finden ist."

Der Tarif und Anderes.

In Red Deer, der hübschen Stadt halbwegs zwischen Edmonton und Calgary, sprach Laurier unter anderm auch über den Tarif. Unser Tarif sei nicht für eine Klasse geschaffen, sondern zum Besten aller Klassen und Bewohner des Landes. „Gleiches Recht für alle und besondere Privilegien für niemand" sei auch das Motto für die liberale Zollgesetzgebung. Ich glaube, wir haben mit diesem unserm Revenue-Tarif recht gute Resultate erzielt. Das zeigt die riesige Prosperität des Landes allenthalben.

Aus den Adressen der Getreidebauer-Vereinigung habe er ersehen, daß die Farmer des Westens für Freihandel seien. Das könne er verstehen. Der Farmer sei von Natur ein Freihändler. Aber es seien auch Industrie-Arbeiter da, die leben wollten und müßten. Er selbst habe auch starke freihändlerische Neigungen. Aber kein vernünftiger Mensch könne verlangen, daß Canada in diesem Anfangsstadium seiner Entwicklung Freihandel einführen solle. Wo kämen dann die Einnahmen her? England ziehe seine Einnahmen aus einem Spezialzoll auf Thee, Tabak und Wein und aus direkter Besteuerung. Wollten die Leute hier direkte Besteuerung? Wahrscheinlich nicht. Wir müssen heute noch unsere meisten Einnahmen aus den Zöllen nehmen, bis sich die Verhältnisse hier mehr abgeklärt haben.

Der Unterschied zwischen dem Zoll, den wir jetzt haben, und Schutzzoll, ist der, daß letzterer zum Besten einer einzelnen Klasse bestimmt ist, während unser Zoll so ist, daß er der Regierung Einnahmen bringt, ohne eine Klasse besonders zu begünstigen oder zu bedrücken. Man habe behauptet, die Tarif-Revision von 1897 habe eine Erhöhung der Zölle gebracht. Nichts sei falscher als das. Der Tarif sei damals um ein bedeutendes herabgesetzt worden.

Eine weitere Zollerniedrigung würde seinen eigenen Anschauungen entsprechen. Aber das gehe nicht so ohne weiteres. Eine Zolländerung bringe stets große Ungelegenheiten für Handel und Wandel mit sich.

Der Tarif sei im Jahr 1897 erniedrigt und im Jahr 1907 revidiert worden. Eine weitere Revision werde stattfinden, wenn die Zeit da sei und diese Revision werde wohl eine Revision „nach unten" werden.

Von den Ver. Staaten würden jetzt Anstrengungen gemacht, zu einem Gegenseitigkeitsvertrag mit Canada zu kommen. Das sei ja ganz gut, wenn die Amerikaner es nicht versuchten, den Vertrag so zu gestalten, daß sie selbst nur den Vorteil hätten. Seit 20 Jahren hätte Canada Freihandel in Weizen, Gersten, Fisch und anderen Naturprodukten offeriert. Die Amerikaner aber wollten nur Reziprozität in landwirtschaftlichen Maschinen. Nächstes Jahr würde diese Frage wohl geklärt und auf weiteres entschieden werden, da eine Konferenz der beiden Länder, diese Frage zu beraten, in Aussicht stehe.

In Calgary.

In Calgary, jetzt eine Stadt von über 40,000 Einwohnern, versammelten sich, wie bereits gesagt, 10,000 Personen, um Sir Wilfrids Worten zu lauschen. Hon. Frank Oliver, der tüchtige Minister des Innern, sprach über die liberale Landpolitik und führte aus, daß die Liberalen im Gegensatz zu den Konservativen alles Land an Einwanderer vergeben, das noch in ihrem Besitz sei. Im Calgary-Distrikt seien in den letzten 2½ Jahren 12,000 Heimstätten und 7000 Kaufheimstätten aufgenommen worden.

Sir Wilfrid sprach über die Erfolge der liberalen Politik. Eine der größten Probleme sei das feste Aneinanderrücken und -binden des Ostens und des Westens unseres Landes. Aber das Problem werde gelöst, wie das der Assimilierung all der Einwanderer aus so verschiedenen Ländern. Von England seien Warnungsrufe gekommen, daß es nicht möglich sein werde, all das fremde Volk in eins zusammenzukitten. Die beste Antwort darauf hätten die Deutschen in Regina gegeben. Die hätten ihm gesagt, daß sie seine Flottenpolitik anerkannten und in Aussicht stellten, daß auch die Deutschen die Flotte bemannen helfen würden, sowie daß sie stets ihre Pflicht tun würden, das Land zu schützen und zu verteidigen. Das sei der echte canadische Geist. „Einige Leute sind so geschäftig, Imperialismus zu schreien, daß sie ihre Pflicht gegen ihr eigenes Land vergessen, sind so geschäftig, Flaggen zu schwenken, daß sie ihre Verpflichtungen als Canadier versäumen. Wir stärken das Reich am besten, wenn wir den Teil stärken und kräftigen, der unser ist."

Ver. Staaten und Canada.

In einer am Donnerstag in New York zwischen M. A. Knapp, dem Vorsitzenden der Zwischenstaatlichen Handelskommission, und J. D. Mabee, dem Chef der canadischen Bahnkommission, abgehaltenen Konferenz wurde der Gedanke eines neuen Handelsvertrages zwischen Canada und den Ver. Staaten angeregt, außerdem die Schaffung eines gemischten Tribunals in der Art einer internationalen Verkehrskommission. Dieselbe sollte die Aufgabe haben, den Durchgangsverkehr zwischen den beiden Ländern nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln.

Es wurde sogar als wünschenswert bezeichnet, die Expreß-, Telegraphen- und Telephon-Gesellschaften in gleicher Weise unter gemeinschaftliche Kontrolle zu bringen.

Ueber das Resultat der Konferenz wurde nichts bestimmtes bekannt gegeben, doch erklärten sich beide Teilnehmer von derselben sehr befriedigt.

Konflikts-Keime.

Die deutschen Blätter beginnen, die Versuche französischer Aeroplane, die Grenze zu überfliegen, in erregter Weise zu diskutieren. Als letztes Beispiel wird der Fall des französischen Divisionsgenerals Maunoury geschildert, der mit seinem Aeroplan angeblich durch das vorherrschende stürmische Wetter aus der Gegend von Nancy nach Metz verschlagen wurde, von wo die Rückkehr erfolgte.

Die Chauvinisten an der Seine malen sich auf Grund dessen schon die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen aus. Die „Straßburger Post" stellt das Verlangen, daß die französischen Luftfahrzeuge heruntergeschossen werden, sobald sie deutsche Forts überfliegen.

Auch Zeitungen, welche nicht in das Alarmhorn stoßen, verhehlen sich nicht, daß die Verletzungen der Luftgrenze durch Militärs den Keim von Konflikten in sich bergen.

Großer Zeit Gedenken.

Ein Freund und Leser unserer Zeitung von Macklin schickt uns folgende Zeilen, die wir gern veröffentlichen:

Die großen Schlachten bei Metz vom 14., 16. und 18. August 1870, die die Grundlage bildeten für die späteren Triumphe, jähren sich zum 40sten Male. Das Regiment, bei dem ich eingezogen war (75.), lag damals noch in Hamburg, aber wir wurden bald darauf nach Metz geschickt. So habe ich die Gefilde, wo die blutigsten und hartnäckigsten, wie die entscheidendsten Schlachten des ganzen Feldzuges geschlagen waren, kurze Zeit nachher mit eigenen Augen gesehen. In Erinnerung daran kam mir kürzlich ein Gedicht wieder in den Sinn, das im Kladderadatsch veröffentlicht war und damals wie jetzt einen unauslöschlichen Eindruck auf mich machte. Der Wortlaut ist der folgende:

Das war eine Schlacht:
Drei Tage lang
Vom Morgen bis zur sinkenden
Nacht
Der männermordende Donner
kracht
Und des Todes mähende Sichel
klang.

Das war eine Schlacht:
Und als des dritten Tages Gestirn
Zur Ruhe ging und von der Berge
Firn
Ihren Schattenschleier senkte die
Nacht,
Da lagen Freund und Feind
An die Dreißig Tausend vereint
In tiefem Schlummer friedlich gesellt,
Ein unabsehbar Leichenfeld.
Und auf das klaffende Völkergrab
Leuchtet der Mond vom Sternenzelt
Schweigend des Todes Frieden
herab. —

Das war eine Schlacht:
Die Ihr das Vaterland
Zu schützen vor Gewalttat und
Schand
Euch selbst zum blutigen Opfer gebracht,
Ihr treuen Toten, Du und Du,
Die Ihr im Gefecht
Mit dem Tode besiegelnd Deutschlands Recht,
Niedermähet von des Todes Macht
Ausgesät zu des Friedens Saat,
Fahrt wohl zur ewigen Ruh. —

Weitwärts mit wehender Fahnen
Pracht,
Im niemals aufgehaltenen Lauf,
Immer dran, immer drauf,
Deutschlands Banner tragend, sein
Recht und Ehr,
Im Sturmmarschtritt, im Siegesschritt
Wälzt gen Paris sich das Deutsche
Heer.

E. S.

Wichtiger Besuch.

Ungemeine Aufmerksamkeit erregt in politischen Kreisen der gegenwärtige Besuch des türkischen Finanzministers Tschavid-Bei in Berlin. Der Staatssekretär des Aeußern, Herr v. Kiderlen-Wächter, hat den osmanischen Staatsmann bald nach seinem Eintreffen empfangen und wird ihm zu Ehren ein Gabelfrühstück geben, bei welchem Anlaß es ihm ermöglicht wird, mit führenden Geistern der deutschen Hochfinanz zusammenzutreffen.

Es handelt sich um Vorbereitung einer größeren Anleihe seitens der Türkei, woraus gar kein Hehl gemacht wird. Die Finanzoperation steht zweifellos in direktem Zusammenhang mit der wiederholt verkündeten Absicht der Türkei, einen engeren Anschluß an den Dreibund, speziell an Deutschland und Oesterreich-Ungarn, anzustreben. Die maßgebenden Gewalten in Konstantinopel bieten im Augenblick alles auf, um nicht nur die innere Konsolidierung des Reiches zu fördern, sondern auch dessen Wert als Bundesgenosse durch angemessene Rüstungen zu Lande und zur See zu erhöhen.

Daß es den Türken mit dem Anschluß-Gedanken voller Ernst ist, zeigt schon der Ton der Blätter in Konstantinopel. Diese befürworten mit seltener Einmütigkeit und Entschiedenheit, daß die Türkei durch Pflege der Freundschaft mit den Mächten des Dreibunds sich wieder zum Faktor in der europäischen Politik mache und aus der bisherigen demütigenden Rolle des „kranken Mannes" herauskomme.

Auf Grund dessen erhält auch der als bevorstehend gemeldete Besuch des türkischen Großveziers Hakki-Pascha in der deutschen Reichshauptstadt erst seine richtige Bedeutung. Der hervorragendste Staatsmann des Osmanischen Reichs wird sowohl mit dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg wie mit dem Staatssekretär des Aeußern v. Kiderlen-Wächter konferieren.

Neueste Nachrichten.

New York, 15. Aug. — Bürgermeister Gaynor, der letzte Woche auf Deck des „Kaiser Wilhelm der Große" von einem entlassenen städtischen Angestellten geschossen und schwer verwundet wurde, ist noch immer nicht über die Krise weg. Während die Aerzte hoffen, ihn am Leben erhalten zu können, ist sein Zustand doch noch derartig, daß die in der Kehle hinter dem Gaumen sitzende Kugel noch nicht hat entfernt werden können.

Hamburg, 15. Aug. — Der Generalausstand, mit welchem die Arbeiter auf den deutschen Werften den Aussperrungs-Akt der Besitzer beantwortet haben, ist in vollem Gange. Ueberall sind die Arbeiter in geschlossener Phalanx vom Tagewerk fortgeblieben.

Die Zahl der Streiker beziffert sich auf 60,000. Vorderhand ist keine Einigung in Sicht, wenngleich die Bemühungen, einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen, nicht aufgegeben worden sind.

St. Petersburg, 12. Aug. In der Woche vom 31. Juli bis 6. August sind im ganzen Gebiete von Rußland 20,668 Erkrankungen an der Cholera gemeldet worden; davon waren 8679 Fälle mit tötlichem Ausgang.

Nachrichten aus den Hauptprovinzen melden die folgenden Sterbeziffern: Don Kosaken 1842, Jekaterinoslaw 776, Samara 707, Kherson 151.

Wahrscheinlich ist die Zahl der Cholera-Todesfälle bedeutend größer, als in dem amtlichen Bericht angegeben ist. Dieser Bericht beziffert die Todesfälle an der Cholera bis zum 31. Juli auf insgesamt 25,554. In nichtamtlichen Berechnungen aber wird die Zahl der Sterbefälle bis auf 40,000 geschätzt.

Unter den Bewohnern des südlichen Rußlands herrscht ein allgemeines Gefühl der Niedergeschlagenheit; diese gedrückte Stimmung wird in verschiedenen Gegenden durch einen Fehlschlag der Ernte noch verschärft.

Rügenwalde, Preußen, 15 August. — Hier sind ausgedehnte Schießversuche mit Feldgeschützen auf in Bewegung befindliche Ballons gemacht worden und das heute bekannt gegebene Resultat lautet dahin, daß es bis zu einer gewissen Höhe keine Leichtigkeit sei, Ballons, auch wenn sie sich mit bedeutender Geschwindigkeit durch die Luft bewegen, zu zerstören.

Der kleine Kreuzer „Undine", der schnellste Kreuzer der deutschen Flotte, der eine Geschwindigkeit von 25 Meilen per Stunde zu entwickeln vermag, wurde zum Bugsieren dieser Ballons benutzt. Es wurden Schießversuche auf Ballons in Höhe von 200 Meter (600 Fuß), 500 Meter (1500 Fuß), 1000 Meter (3000 Fuß) und 1500 Meter (4500 Fuß) gemacht und in jedem einzelnen Falle wurden mit den dazu benutzten Feldgeschützen, die mit speziellen Lafetten (Haubitzen-Lafetten) versehen waren, glänzende Resultate erzielt. Es traten zwei Batterien Feldgeschütze in Aktion. Obschon die von der „Undine" gezogenen Ballons sich mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 20 bis 22 Meilen per Stunde fortbewegten, wurden sie in jedem Falle von den Geschossen getroffen. Sie wurden in Stücke zerrissen und gewöhnlich explodierte auch die Gashülle und verbrannte hoch oben in der Luft.

Major Groß, der als Repräsentant Krupp's die Schießübungen leitete, war von dem Resultat hochbefriedigt.

Berlin, 16. Aug. — Der deutsche Gesandte in Mexiko, Karl Bünz, welcher früher Generalkonsul in New York war, ist am Dienstag auf dem Nordd. Lloyddampfer „Kronprinzessin Cecilie" nach New York abgereist. In seiner Begleitung befinden sich der neuernannte Militär-Attache der Botschaft in Washington und der Gesandtschaft in Mexiko, Major Hermarth von Bittenfeld; Hauptmann v. Grolman vom 2. Garde-Regiment z. F.; Oberleutnant Freiherr v. Seckendorff vom Garde-Jäger-Bataillon; Oberleutnant Graf v. Sehert-Thoß vom Leib-Garde-Husaren-Regiment.

Die genannten Herren vertreten das Deutsche Reich bei der bevorstehenden Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit Mexikos. Der große Kreuzer „Freya" ist bereits nach mexikanischen Gewässern abgegangen, um dort bei dem festlichen Ereignis gleichfalls zu repräsentieren.

Wien, 15. August. — Anläßlich des achtzigsten Geburtstags des Kaisers Franz Joseph, welcher auf den 18. August fällt, wird, wie von sonst gutunterrichteter Seite verlautet, eine umfassende Amnestie vorbereitet. Sie wird namentlich solchen Personen zugute kommen, welche wegen politischer und Ordnungs-Vergehen, sowie wegen Beleidigungen bestraft worden sind. Die Bekanntmachung des einschlägigen Erlasses ist Mitte der nächsten Woche zu erwarten.